

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 01.12.2015 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen
Herr Detlev von der Heide
Herr Jörg Niendorf
Herr René Haase bis 17:40 Uhr
Frau Annekathrin Loy ab 17:15 Uhr
Herr Hartmut Rex
Herr Michael Wolny
Herr Erich Ertl
Herr Hans-Stefan Edler Vertretung für Herrn Olaf Manthey ab 17:10 Uhr

Sachkundige Einwohner

Herr Peter Wetzel
Herr Edgar Leisten
Herr Klaus Wigandt

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Olaf Manthey

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Leiter des Dezernates IV
Frau Nicole Brettschneider, Bürgerberatungszentrum (BBZ), Sachbearbeiterin
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter
Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin
Frau Marina Remus Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Vorstellung des Abschlusses des Projektes NaLaMa-nT (Bericht: Frau Stöck, Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming)
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 5-2581/15-I/1
- 7.2 Haushaltssicherungskonzept 2016 5-2576/15-I
- 7.3 Haushaltssatzung 2016 5-2575/15-I
- 8 Flughafen BER - aktuelle Informationen
- 9 Verschiedenes
- 9.1 Terminplanung 2016

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen begrüßt alle Anwesenden sowie Frau Stöck von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur 16. öffentlichen Sitzung.
Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Gegen die Tagesordnung gibt es keine Einwendungen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2015

Urlaubs- und krankheitsbedingt konnte die Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2015 nicht erstellt werden. Sobald dies erfolgt ist, wird sie allen per E-Mail zugestellt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

- **Herr Wolny** erkundigt sich bei Herrn Jurtzik nach dem Nutzungsverbot einer ausgebauten Wohnung im Gutshof Dahlewitz. Er möchte wissen, ob eine gütliche Einigung erzielt wurde.

Herrn Jurtzik ist dazu kein neuer Verfahrensstand bekannt.

- **Herr Jansen** bittet um Klärung der Sachlage an der L 80 – Einmündung Schulstraße in Zülichendorf. Er möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, z. B. durch Einrichtung eines absoluten Halteverbotes, innerhalb der OD an der L 80, die Einmündung „so zu gestaltet wird“, dass die Begrenzung der dort einmündenden Kreisstraße nicht ständig beschädigt wird. Die Antwort kann auch in der nächsten Sitzung erteilt werden.

- Des Weiteren erkundigt er sich nach dem Verfahrensstand bezüglich der Mautgebühren auf der B 101.

Herr Gärtner erklärt, dass der Bund nur auf Teilstücken eine Maut erheben könne, weil der Landkreis die 4. Spur finanziert hat. Trotzdem hat er die volle Straßenbaulast. Gespräche zwischen Land und Bund über die noch immer ausstehenden 5,6 Mio. Euro führten bisher zu keinem abschließenden Ergebnis. Nun wurde ein weiteres Gespräch zwischen Land und Bund vereinbart, in dem es nicht nur um die B 101, sondern um weitere Vorhaben geht. Das Gespräch soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Momentan erfolgen seitens des Landes auch keine Zahlungsaufforderungen.

Die avisierte Baufertigstellung der B 101 war bis zum Jahr 2006 vorgesehen. Leider ist 10 Jahre später das Teilstück zwischen Thyrow und Trebbin noch immer nicht fertig gebaut und wird nach Angaben der DEGES auch erst im Jahr 2018 erfolgen.

Zur Frage von Herrn Heller bezüglich des schleppenden Fortganges des Ausbaus des fehlenden Teilstückes wurde die DEGES angeschrieben. Das Antwortschreiben war der Einladung zur Sitzung beigefügt. Da die Antwort nicht befriedigend war, schlägt Herr Gärtner vor, den Projektleiter Herrn Herbst in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um den konkreten Stand zu erfahren.

Mit dieser Antwort gibt sich **Herr von der Heide** nicht zufrieden. Der Kreis verhält sich zu defensiv. Seines Erachtens gilt nicht nur das, was schriftlich im Vertrag steht, sondern es gibt auch andere Umstände, die zu bewerten sind. Der Bund als Vertragspartner ist gleichzeitig für die Maut-Geschichten zuständig. Unsere Seite des Vertrages wurde erfüllt. Es wurde erwartet, dass der Ausbau zu einem bestimmten Zeitpunkt fertiggestellt wird. Damit verbunden war, den LKW-Verkehr dauerhaft von den nachgeordneten Straßen auf die B 101 zu verlegen, was (aus Kostengründen) nicht von allen LKW befolgt wird. Absicht war sicher nicht, diese Straße mitzufinanzieren. Ein spezialisierter Jurist sollte diese Angelegenheit prüfen, ob überhaupt eine Chance besteht, einen angemessenen Nachlass zu bekommen.

Für **Herrn Jansen** steht die Restsumme von 5,6 Mio. Euro zur Disposition. Zu klären ist, entweder keine Finanzierung zu leisten oder stets an den Einnahmen der Mautgebühr beteiligt zu werden.

- **Herr Rex** erkundigt sich nach dem Verhandlungsstand der Osdorfer Straße und ob es Änderungen gibt.

Herr Gärtner kann über keinen konkreten neuen Sachstand berichten. Es gab gemeinsame Gespräche mit dem Bürgermeister Herr Ahlgrimm der Gemeinde Großbeeren und der Planungsamtsleiterin des Bezirkes Steglitz-Zehlendorf. Vereinbart wurde, dass die Berliner

Seite mit dem Investor, der am Stadtrand in Lichterfelde 2.500 Wohneinheiten errichten will, weitere Gespräche führt. In einer letzten Sitzung im Kommunalen Nachbarschaftsforum ging es um Fragen zu Mobilität, Verkehr, Pendlerbeziehungen zwischen Berlin und Brandenburg und bestehende Bedarfe. Die Osdorfer Straße ist in den momentanen Untersuchungen enthalten.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Jansen schlägt vor, eventuelle Nachfragen/Anmerkung bezüglich der von Herrn Jurtzik übergebenen Unterlagen zur Anfrage von Herrn Manthey in der letzten Ausschusssitzung in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Jurtzik erklärt, er habe in der Vorlage versucht, Grundsätze zu Genehmigungsfragen bei Windkraftanlagen (WKA) zu notieren. Enthalten sind in seiner Vorlage alle im Amt eingegangenen Verfahren und die vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) notierten Unterlagen zu tatsächlich beendeten Verfahren.

TOP 6

Vorstellung des Abschlusses des Projektes NaLaMa-nT (Bericht: Frau Stöck, Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming)

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat am o. g. Projekt teilgenommen. Die Vorstellung dieses Projektes erfolgt durch Frau Stöck, die dieses Projekt begleitet. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

Herr Niendorf stellt fest, dass alles unter Schutz gestellt wird, wie Wald und Naturschutzgebiete. Er fragt sich aber, ob nicht auch die landwirtschaftlichen Produktionsflächen unter Schutz gestellt werden sollten. In den Jahren 1999 bis 2013 gingen dem Land Brandenburg 33.000 ha Ackerland verloren. Das Problem im Land Brandenburg ist, dass die Landwirte größtenteils Pachtflächen bearbeiten. In Deutschland wird angestrebt, bis 2020 pro Tag nur 30 ha zu „verzehren“. Derzeit gibt es einen Verlust von 75 ha/Tag, d. h. 75 ha gehen in Deutschland an reiner landwirtschaftlicher Fläche verloren. Der Flächenverlust ist der Regionalen Planungsgemeinschaft bewusst, berichtet **Frau Stöck**. Derzeit beschäftigt man sich mit dem Thema Landwirtschaft.

Herr Wolny erkundigt sich nach einem Maßnahmenkatalog und einer eventuellen Förderung.

Frau Stöck berichtet über einen Handlungskatalog, der Maßnahmen enthält, um dem Klimawandel, z. B. in der Region Fläming, zu begegnen. Zur Förderung könne sie keine Aussagen treffen.

Herr Jansen äußert dazu, dass sich die Politik und die zuständigen Ministerien mit dieser Thematik auseinandersetzen müssen.

TOP 7

Beschlussvorlagen

TOP 7.1

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 (5-2581/15-I/1)

TOP 7.2

Haushaltssicherungskonzept 2016 (5-2576/15-I)

TOP 7.3

Haushaltssatzung 2016 (5-2575/15-I)

Bei der Prioritätenliste fehlen **Herrn Jansen** die von den Fachämtern insgesamt beantragten Maßnahmen, um letztlich darüber zu entscheiden. Er bittet darum, für die nächste Sitzung die entsprechenden Übersichten zur Verfügung zu stellen.

Alle Abgeordneten haben Stick und Diskette zum Haushaltsplan erhalten. Zur besseren Übersichtlichkeit bittet er den Kämmerer um detaillierte Informationen. Für ihn persönlich ist es schwierig, die einzelnen Positionen in den Haushaltsunterlagen wiederzufinden. Es ist eine immense Arbeit, wenn man sich mit dem Programm nicht auskennt. Da der Haushalt am 15.02.2016 im Kreistag verabschiedet werden soll, könne man sich mit der Thematik in der Januar- und Februarsitzung noch einmal detaillierter beschäftigen. Er nennt als Beispiel das Ackerbürgerhaus sowie Glashütte. Entsprechende Anregungen des Ausschusses sind hier nicht enthalten. Darüber ist zu diskutieren, bemerkt Herr Jansen.

Herr Rex spricht die Klein-Kienitzer-Straße an, die 2016 an die Gemeinde Rangsdorf übergeben werden soll. Dazu hat er im Haushalt keine Information gefunden. Die Gemeinde wird unter diesen Bedingungen die Straße zum vorgesehenen Zeitpunkt sicher nicht übernehmen.

Herr von der Heide erklärt, es habe sich in anderen Verwaltungen bewährt, die Haushaltsdiskussion in den Sommermonaten zu führen. Bei dem großen Umfang an Seiten und Datenträgern verliert man leicht den Überblick. Seiner Meinung nach benötigt man einen Überblick, wo z. B. Anmeldungen und Empfehlungen der Verwaltung enthalten sind. Zum jetzigen Zeitpunkt macht es seiner Meinung nach keinen Sinn mehr, eine neue Diskussion zu beginnen.

Dem stimmt **Herr Jansen** zu. Er hatte im Sommer mehrfach nach den Haushaltsunterlagen gefragt. Zu dieser Zeit lagen aber die Zahlen noch nicht vor. Es handelt sich um politische Entscheidungen, mit denen wir uns hier rechtzeitig auseinandersetzen müssen, dann ginge die Haushaltsplanberatung problemloser voran.

Herr Gärtner stimmt Herrn Jansen dahingehend zu, dass man die Gesamtmaßnahmen, die an Investitionen anstehen, im nächsten Jahr vorstellt und darüber diskutiert. Zur Problematik Umstufungen berichtet er, dass die Umstufung der Klein-Kienitzer-Straße nicht am baulichen Zustand der Straße scheiterte, sondern an Eigentumsproblemen und Fragen des fehlenden Radweges in der Ortslage. Zum Ablauf der Umstufung erläutert er, dass zuerst persönliche Gespräche mit den Bürgermeistern geführt werden. Darüber hinaus erfolgt eine gemeinsame Begehung der jeweiligen Straßen, bei der protokolliert wird, welche Arbeiten vor der Straßenübergabe noch zu erledigen sind.

Herr Jansen möchte heute keine Einzeldiskussion führen und bittet um Diskussion im Januar-Ausschuss.

Herr Wolny weist auf die weitere Kürzung der investiven Mittel hin, gibt jedoch zu bedenken, dass die Mittel für den Schulbereich, konkret für den Norden des Landkreises, davon ausgenommen sein müssen, hier besteht erheblicher Bedarf.

Zum Ackerbürgerhaus sollte man sich auf Grund der Haushaltslage Gedanken machen, das halbfertige Haus zu veräußern. Das Thema wird er in der Fraktion ansprechen.

Abstimmung:

Durch die Abgeordneten des Ausschusses wird einstimmig beschlossen, die TOP 7.1 bis 7.3 auf die Januar-Sitzung zu vertagen.

TOP 8

Flughafen BER - aktuelle Informationen

Herr Gärtner berichtet über die einmal im Jahr stattfindende Sitzung des Dialogforums. Hier wurde u. a. die Matrix zur Kenntnis gegeben. In diesem Papier sind sämtliche bis dato erkennbaren Problemlagen erfasst. Allerdings gibt es diverse offene Punkte, wo noch keine Einigung erzielt wurde. Beschlossen wurde, diese Matrix an die Gesellschafter und den Aufsichtsrat des Flughafens zu versenden, da es auf politischer Ebene noch weitere Gespräche geben muss, um noch nicht abgeschlossene Punkte zu klären. Beim sogenannten gemeinsamen Strukturkonzept, welches im Dialogforum in den Jahren 2006 bis 2008 erarbeitet wurde, wurden Planungen in den Gemeinden des Flughafenumfeldes möglich, die es ohne dieses Strukturkonzept nicht gegeben hätte. In einem Maßnahmenprogramm wurden Dinge beschlossen, die unbedingt umzusetzen sind, wenn der Flughafen in Betrieb geht. Eine große Rolle spielt die Verkehrsproblematik (z. B. Radwegekonzept), bei der auch die Osdorfer Straße eine große Rolle spielt. Er als AG-Leiter habe seit langem auf diese Problematik hingewiesen. Er hat vorgeschlagen, eine Schwachstellenanalyse zu erarbeiten, wenn der alte Flughafen Schönefeld erheblich erweitert wird und sich die Verkehrsströme mit Eröffnung des BER ändern, um das Land bzw. die Straßenbaulastträger mit diesen Problemen zu konfrontieren.

Positiv berichtet Herr Gärtner, dass Frau Ministerin Schneider weitere finanzielle Unterstützung für das Bürgerberatungszentrum (BBZ) in Schönefeld zugesagt hat. Die Schallschutzproblematik und andere zu bearbeitende Probleme werden auch bis zum Ende des Jahres 2016 nicht zu lösen sein.

Frau Brettschneider gibt zur Umsetzung des Schallschutzes einige aktuelle Zahlen bekannt. Im Tagschutzgebiet haben von den ca. 14.000 Anspruchsberechtigten 12.000 ihren Antrag gestellt, davon sind 110 komplett und 163 teilumgesetzt. Teilumgesetzt heißt, hier ist oftmals nur ein Gewerk umgesetzt. Die Auszahlung der Entschädigung wurde bei 1.450 Berechtigten vorgenommen. Beim Nachtschutzgebiet gab es keine Änderung der Rechtsprechung. Von den 11.500 Anspruchsberechtigten haben seit 2008 ca. 7.700 den Antrag gestellt, komplett umgesetzt sind 1.600 Maßnahmen, Teilumsetzungen sind in 378 Fällen erfolgt.

Neue Probleme gibt es bei den sogenannten Teilungsgrundstücken. Hier besteht Anspruch für Schallschutz nur dann, wenn das Grundstück am 15. Mai 2000 bebaut oder bebaubar war. Hier hat der Flughafen seine Handlungsweise 2014 geändert und zahlt nun auch für Neubauten. Probleme gibt es in Blankenfelde-Mahlow auf den großen Grundstücken, die in den letzten Jahren geteilt wurden. Auf Initiative der Schallschutzberatung der Landkreise wird momentan rechtlich geklärt, wie hier der Schallschutz aussieht. Das ist nicht in der Matrix enthalten.

Herr Wigandt erkundigt sich nach den Hintergründen der Nichtumsetzung und vermutet Eigenverschulden des Flughafens. Seiner Meinung zieht dieser das Verfahren in die Länge.

Herr Wolny sieht das Problem darin, dass die Anspruchsermittlungen vom Eigentümer umgesetzt werden müssen und Firmen zu beauftragen sind, was sich in der Praxis als schwierig erweist.

Zum anderen geht es um die Entschädigung. Bei einer Kappungsgrenze von 30 % entspricht das nur einer Teilentschädigung für das Gebäude. Dazu gab es Klagen, weil bei der Aufnahme der entsprechenden Gutachter nicht alles bewertet wurde. Hierzu zählen z. B. Wintergärten oder Carports. Ein weiteres Problem ist die Auszahlung. Ausbezahlt wird Netto, ohne Mehrwertsteuer. Die Bürger müssen bei den Firmen auch die Mehrwertsteuer bezahlen. Das wird durch die Bürger kritisiert.

Herr Rex fragt nach, ob die Matrix für jeden zugänglich ist und wo man diese einsehen kann.

Herr Gärtner will klären, ob die Matrix der Niederschrift beigefügt werden kann. (Anlage 2) Was die Bewertung der Fa. Sprengnetter betrifft, äußert er, dass im BBZ Möglichkeiten geschaffen wurden, die Menschen bei ihren Zweifeln zu beraten, ob ihr Objekt korrekt durch die FBB bewertet wurde.

Er macht den Vorschlag, dass der Gutachter, Herr Schiefelbein, in einer nächsten Sitzung des Ausschusses über Probleme bei den Verkehrswertermittlungen berichtet.

Frau Brettschneider teilt mit, dass durch Herrn Mehdorn der Termin 31.12.2015 gesetzt wurde, an dem alle Anspruchsermittlungen ausgegeben sein sollten. Dadurch stehen die Ingenieurbüros bei den Bestandsaufnahmen unter Druck, was sich wiederum auf die Qualität der versendeten Unterlagen auswirkt. Durch den daraus resultierenden Nachbearbeitungsbedarf verschärft sich die Überlastung in den Ingenieurbüros weiter. Auf die Frage von Herrn Wigandt, ob sich bei den Richtlinien des Flughafens bei der Beurteilung des Lärmschutzes der Betroffenen Änderungen ergeben haben, erklärt Frau Brettschneider, dass im Frühjahr des Jahres neue Preise und Leistungsverzeichnisse bekannt gegeben wurden, die in den alten Unterlagen nicht eingearbeitet wurden.

Herr Edler erkundigt sich nach dem Stand der Anbindung an den Flughafen BER vom S-Bahnhof Mahlow in Form eines Flughafen-Shuttles.

Auch dieses wesentliche Thema ist bei den Verkehrsuntersuchungen zu berücksichtigen, antwortet **Herr Gärtner**. Dazu hatte das Land die Umlandgemeinden am 19.06.2015 zum Thema Mobilitätsstrategie eingeladen. Das Problem ist seit langem bekannt und wurde immer wieder aus Luckenwalde und Jüterbog angesprochen, wie die Menschen, die am Flughafen arbeiten oder nur eine Reise antreten wollen, zum Flughafen gelangen. Hierzu gehört auch das Problem Dresdner Bahn. Festzustellen ist, dass die Bahn endlich den Planfeststellungsbeschluss für Lichtenrade fertig gestellt hat, wobei frühestens im Jahr 2024 mit der Fertigstellung der Bahn zu rechnen ist. Der Projektverantwortliche der Bahn für Berlin und Brandenburg hat erklärt, dass das vorhandene Netz überlastet ist und es schwierig sein wird, freie Zeiten auf den vorhandenen Strecken zu finden. Zur Anbindung von Mahlow und den Süden des Landkreises ist demnächst ein Gespräch mit der Bürgermeisterin von Luckenwalde geplant, um entsprechende Möglichkeiten zu prüfen.

TOP 9 **Verschiedenes**

TOP 9.1 **Terminplanung 2016**

Die Terminplanung für das Jahr 2016 wird übernommen. Sollte es, wie aktuell geschehen, zu urlaubs- bzw. krankheitsbedingten Ausfällen kommen, muss die Verwaltung eine Lösung des Problems finden.

Bezüglich der Zuständigkeitsordnung wurden diverse Änderungen beschlossen. Herr Jansen bittet die Abgeordneten in den Fraktionen sich dafür einzusetzen, dass die im Ausschuss beschlossenen Maßnahmen auch Berücksichtigung finden.

Herr Ertl berichtet über die gestrige Beratung bei der Landrätin gemeinsam mit dem KT-Vorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden. Inhalt dieser Beratung war eine Neuüberarbeitung der Zuständigkeitsordnung. Dabei sollen die bereits eingegangenen Vorschläge Berücksichtigung finden.

Herr Jurtzik informiert die Abgeordneten über ein positives Ergebnis zum diesjährigen Haushalt: Die Bauaufsicht hat von den im Jahr 2015 geplanten Einnahmen in Höhe von 1,55 Mio. Euro bereits 2,8 Mio. Euro eingenommen, trotz erheblicher Personalengpässe.

Abschließend bedankt sich Herr Jansen für die konstruktive Diskussion. Er wünscht allen ein friedvolles und ruhiges Weihnachtsfest sowie ein gutes neues Jahr und beendet die Sitzung um 18:40 Uhr.

Luckenwalde, 21.12.2015

Jansen
Vorsitzender

Remus
Schriftführerin